



OLIVER ULLOTH

WK Kassel-Land I



FLORIAN SCHNEIDER

WK Kassel-Land II

Landkreis Kassel, 29. März 2023

## Unsere Arbeit im Hessischen Landtag und im Landkreis Kassel

Liebe Leserinnen und Leser,

vor euch liegt unser aktueller Newsletter. In dieser Ausgabe geht es um die „Bergshäuser Brücke“, den Petitionsausschuss des Landtags und vieles mehr. Außerdem erhaltet Ihr ein Update zur Finanzierung der beiden hiesigen Naturparke. All das, wie gewohnt, hier im aktuellen Newsletter.



## Bauliche Substanz muss geschützt und Anwohner müssen entlastet werden!

**Schneider (Zur Anfrage: 20/10694):** Es braucht eine konsequente Überwachung der Geschwindigkeit und Achslast auf der Fuldataalbrücke bei Bergshausen (sog. „Bergshäuser Brücke“). Die Verkehrslage rund um Kassel und in den angrenzenden Gemeinden spitzt sich zu. Die „Bergshäuser Brücke“ wird bereits seit Jahren notdürftig saniert, wodurch diese aktuell an Wochenenden vollgesperrt ist und ganzheitlich nur mit einer Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h, sowie einer maximalen Achslast von 11,5 Tonnen befahren werden darf. Ab April 2023 wird zudem die Südtangente der A 49 für zwei Jahre saniert. Hierzu wird eine Einbahnstraßenregelung eingerichtet und die A 44 ab dem Kreuz Kassel-West bis zum Dreieck Kassel-Süd ebenfalls zu einer dreispurigen Einbahnstraße. Durch die Sperrung der A 49 und der Umleitung über die A 44 wird die Verkehrsbelastung steigen und die ohnehin hohe Belastung der Fuldataalbrücke Bergshausen ebenfalls eine Zunahme erfahren.

Die durch die Sanierungsarbeiten geltende Geschwindigkeitsbegrenzung wird regelmäßig überschritten. Das führt zu einer unkontrollierten Höherbelastung der Brücke und der beschädigten baulichen Substanz. Zudem steigt die Lärmbelastung der anliegenden Bevölkerung. Das Einhalten der Höchstgeschwindigkeit ist in der angespannten Situation von elementarer Bedeutung!

Am 07.03.2023 habe ich eine parlamentarische Initiative in den Hessischen Landtag eingebracht, die nach den konkreten Maßnahmen fragt, die die Landesregierung erwägt, um die Sicherheit auf der „Bergshäuser Brücke“ und den Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner zu gewährleisten. Ich sehe nicht nur die Autobahn GmbH des Bundes in der Pflicht, sondern auch die Landesregierung. Die Autobahnpolizei als Teil der Landespolizei überwacht Autobahnen und autobahnähnliche Straßen.

Die Landesregierung darf sich hier nicht aus der Verantwortung ziehen. Geschwindigkeitsbeschränkungen müssen in Gefahrenzonen wie in diesem konkreten Fall konsequent überwacht und Verstöße strikt geahndet werden. Es darf durch die unkontrollierte Mehrbelastung nicht zu einer frühzeitigen Ermüdung und potenziellen Sperrung der „Bergshäuser Brücke“ – gerade während der Baumaßnahme der Südtangente – kommen. Die Ausweichstrecken werden durch die Einbahnstraßenregelung ohnehin sehr beansprucht. Kaum auszumalen, was passieren würde, wenn die „Bergshäuser Brücke“ nicht mehr befahrbar wäre. Es muss in unser aller Interesse sein, die „Bergshäuser Brücke“ bis zur Freigabe des Ersatzbaues offen und befahrbar zu halten.



WELT berichtete am 22. März 2023

## Petitionsausschuss: Über 1000 neue Petitionen eingegangen

**Ulloth (Zur Anfrage: 20/10640):** Mit einer Petition kann jede oder jeder ein Anliegen bei den Landtagsabgeordneten loswerden. Viele Eingaben drehten sich auch 2022 um das Aufenthaltsrecht. Daneben forderten mehrere Tausend Petenten gemeinsam einen neuen Apfelwein-Feiertag.

Der Petitionsausschuss des hessischen Landtags hat sich 2022 mit mehr als 1000 neuen Petitionen befasst. Damit ging die Anzahl der Bitten und Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern im Vergleich zum Vorjahr um 8,6 Prozent zurück, wie aus dem Jahresbericht des Ausschussvorsitzenden Oliver Ulloth (SPD) hervorgeht, der am Mittwoch im Landtag in Wiesbaden vorgestellt wurde. 725 Petitionen wurden 2022 abgeschlossen. Die Quote der positiv erledigten Fälle, bei denen einem Anliegen teilweise oder ganz Rechnung getragen wurde, betrug im vergangenen Jahr elf Prozent. Weitere rund 46 Prozent wurden «neutral» abgeschlossen, wie aus dem Bericht hervorgeht. Das waren beispielsweise Fälle, bei denen das Land nicht zuständig war. Die übrigen Petitionen blieben für die Bürgerinnen und Bürger erfolglos. Dies sei ein Beleg dafür, dass die Mehrzahl der geprüften Behördenentscheidungen nicht zu

beanstanden gewesen sei, heißt es im Bericht. Selbst wenn diese Verfahren nicht im Sinne der Petentin oder des Petenten entschieden wurden, ist dies doch ein Beleg für das rechtsstaatliche Handeln der Verwaltung.

In seinem Bericht erinnert der Ausschussvorsitzende auch daran, dass dem Landtag gemäß der Gewaltenteilung keine Rechtsaufsicht gegenüber der Landesregierung zusteht. Auch an richterlichen Entscheidungen könne er nichts ändern. Dem Petitionsausschuss kann jedoch unabhängig vom Ausgang des Verfahrens eine Vermittlungsfunktion zukommen, insbesondere, wenn die Fronten in einem Fall verhärtet seien.

Bei knapp 20 Prozent der eingegangenen Petitionen 2022 ging es um das Aufenthaltsrecht, etwa, wenn sich Menschen gegen eine Abschiebung wehrten. Sowohl die Quote als auch die absolute Zahl solcher Fälle ist in den zurückliegenden Jahren tendenziell rückläufig, wie aus dem Bericht hervorgeht. Im Jahr 2015 waren noch 427 Petitionen zum Aufenthaltsrecht bei dem Gremium eingegangen - und damit 35 Prozent aller Eingaben. 2022 trat ein Erlass des hessischen Innenministeriums in

Kraft, wonach während des Petitionsverfahrens die Ausreisepflichtung des Betroffenen nur für maximal ein Jahr ausgesetzt werden kann. Außerdem wird die Duldung im Rahmen des Verfahrens in bestimmten Fällen ausgeschlossen. Es werde beispielsweise kein Schutz vor Abschiebung gewährt, wenn für den Petenten bereits ein Abschiebeflug gebucht wurde oder er in Abschiebehafte sitzt, heißt es im Bericht.

Im zurückliegenden Jahr verringerte sich die Zahl der Petitionen zum Thema Datenschutz im Vergleich zu den Vorjahren weiter, wie aus den Angaben hervorgeht. Die meisten Fragen und Beschwerden seien im Zusammenhang mit dem Zensus eingegangen. «Diese konnten aber geklärt werden und Verstöße gegen das Datenschutzrecht lagen nicht vor.

Knapp 5000 Unterzeichner forderten 2022, den Welt-Apfelwein-Tag am 3. Juni zum hessischen Feiertag zu erklären. In dieser Frage sei eine Stellungnahme des Innenministeriums angefordert worden. Eine Entscheidung des Petitionsausschusses ist bisher noch nicht ergangen.

Welt (Hrsg): Petitionsausschuss: Über 1000 neue Petitionen eingegangen. Abrufbar unter: <https://www.welt.de/regionales/hessen/article244424354/Petitionsausschuss-Ueber-1000-neue-Petitionen-eingegangen.html>



## Finanzierung der beiden hiesigen Naturparke in 2023

Stellungnahme der SPD-Landtagsabgeordneten der Region Kassel zu neuen Bescheiden von Ministerin Hinz

**Kalveram/ Schneider/ Ulloth:** Nachdem wir die Ungleichbehandlung unserer nordhessischen Naturparke aufgedeckt hatten, freuen wir uns, dass die schwarzgrüne Landesregierung nun doch noch die systematische finanzielle Benachteiligung unserer beiden Naturparke Habichtswald und Reinhardswald abwenden will. Dies gilt allerdings nur für das aktuelle Jahr, denn an der neuen Berechnungsgrundlage und damit einhergehenden Schlechterstellung soll sich nichts ändern.

Im Grunde lassen sich die beiden einmaligen Förderbescheide vom 28.02.2023 wie folgt erklären: Die schwarzgrüne Landesregierung hat einzig aufgrund unserer berechtigten Kritik den jeweiligen Fehlbetrag der Naturparke einmalig ausgeglichen, weil wir uns schlicht und ergreifend in einem Landtagswahljahr befinden. Mit diesem Ausgleich haben unsere Naturparke allerdings nicht mehr Geld zur Verfügung, sondern es wird lediglich der Status quo erhalten. Von den im Hessischen Landtag beschlossenen zusätzlichen Finanzmitteln in Höhe von 650.000 € sehen unsere Naturparke weiterhin keinen Cent.

*„Die Landesregierung hätte sich all dies ersparen können, wenn sie von Anfang an ihr Versprechen gehalten hätte, keinen Naturpark schlechter zustellen. Dass dies nicht erfolgt ist, hat in der Region berechnete Kritik hervorgerufen, die wir die als örtliche SPD Abgeordnete selbstverständlich aufgenommen und in Wiesbaden adressiert haben.“*

Esther Kalveram/ Florian Schneider/ Oliver Ulloth

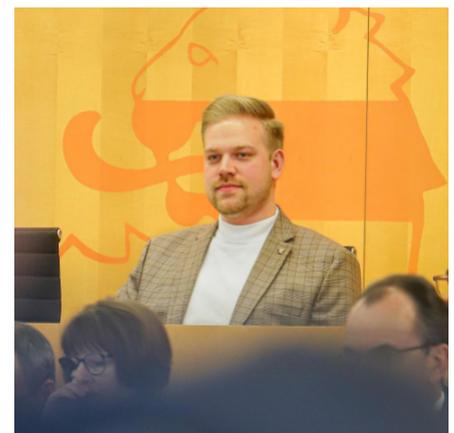
Mit ca. 35.000 € geht es insgesamt um einen Betrag, der im hessischen Landeshaushalt nicht einmal als kleiner Punkt erkennbar ist. Für unsere Naturparke aber, sind solche Beträge, ebenso wie für viele kleine Städte und Gemeinden in unserer Region, von großer Bedeutung, teilweise vielleicht sogar existenziell! Offensichtlich war und ist der Landesregierung das nicht bewusst, und wir erkennen darin eine mangelnde Wertschätzung für die nordhessische Region und das hier gezeigte vielfältige Engagement. Wir werden auch in Zukunft darauf achten, dass nordhessische Interessen in Wiesbaden nicht unter den Tisch fallen.

## Florian ist neues Mitglied im Ältestenrat des Hessischen Landtags

**Schneider:** Ich bin in der Plenarsitzung von 22. März 2023 mit einer breiten Mehrheit in den Ältestenrat des Hessischen Landtags gewählt worden. Als Nachfolger von Heinz Lotz (SPD) werde ich den Posten zusätzlich zu meinen Aufgaben als Abgeordneter des Wahlkreises Kassel-Land II und mit Mitgliedschaft im Digitalausschuss und des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz übernehmen. Mit der Arbeit im Ältestenrat wird mir, dem jüngsten Abgeordneten der SPD-Fraktion eine verantwortungsvolle Aufgabe in einem der wichtigsten Gremien des Hessischen Landtags zuteil. Die SPD-Fraktion würdigte meine bisherige überparteiliche Parlamentsarbeit mit der Nominierung zu diesem Posten. Ich bin motiviert diese neue Herausforderung zu meistern.

*„Es ehrt mich sehr, dass meine Fraktion mir ein diplomatisches Geschick zuspricht und die Abgeordneten des Hessischen Landtages in der Plenarsitzung vom 22. März 2023 mit ihrem überparteilichen Votum ebenfalls. Ich werde diese Aufgabe mit der gebotenen Sachlichkeit und Wertschätzung zu diesem Amt ausführen.“*

Florian Schneider



## Petitionsausschuss des Landtages vermittelt erfolgreich

Auf der Burg Frankenstein sind Veranstaltungen auch während der Sanierungsphase möglich

**Ulloth:** Mit der Frage, ob während der Sanierung der Burg Frankenstein im Landkreis Darmstadt-Dieburg weiterhin Veranstaltungen, wie etwa zu Halloween, möglich sein werden, befasste sich seit Ende November vergangenen Jahres der Petitionsausschuss des Landtages. Wie mehrere Medien bereits berichteten, wurde die Petition vom Pächter der Burg, der zugleich vor Ort auch der Veranstalter ist, eingereicht.

Die Positionen zwischen dem Petenten und der zuständigen Landesbehörde lagen ursprünglich weit auseinander. Durch die Anrufung des Petitionsausschusses konnte dieser vermitteln. Nicht zuletzt durch ein Treffen aller Beteiligten auf der Burg Frankenstein konnte ein tragbarer Kompromiss gefunden werden. An bis zu drei Wochenenden im Jahr 2024 sollen Veranstaltungen auf der Burg möglich sein, in einem begrenzten Umfang voraussichtlich auch im Jahr 2027. Kleinere Veranstaltungen können im Jahr 2024 und in den Folgejahren grundsätzlich auch auf der rund 1.600 m<sup>2</sup> großen Parkplatzfläche vor der Burg gestattet werden.

In der vergangenen Woche stimmte das Plenum des Landtages einstimmig der Empfehlung des Petitionsausschusses zu.

„Mit der schriftlichen Information an den Petenten wird das Petitionsverfahren erfolgreich abgeschlossen. Mit Unterstützung des Petitionsausschusses haben alle Beteiligten intensiv, aber auch ebenso konstruktiv nach einer Lösung gesucht und diese nun gefunden. Ich bin überzeugt, dass durch die Lösung ein gangbarer Weg aufgezeigt wird, die dem Wunsch nach Veranstaltungen auf der Burg auch während der Sanierungsphase so weit wie möglich Rechnung trägt. Ich danke allen Beteiligten, insbesondere dem Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen und dem Hessischen Finanzministerium, für die Unterstützung und ich freue mich über den positiven Abschluss dieser Eingabe.“

Oliver Ulloth



Bild: Burg Frankenstein

## Ländlicher Raum braucht Förderung

Gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land als politischer Auftrag

Der Hessische Landtag hat am 23. März auf Antrag der SPD-Fraktion darüber debattiert, wie sich gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Hessen herstellen lassen. Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Günter Rudolph, sagte dazu in der Plenardebatte:

„Der Auftrag, dafür zu sorgen, dass das Leben im ländlichen Raum nicht schlechter ist als in den Ballungsgebieten, ergibt sich aus dem Grundgesetz. Es gilt, bei allen Unterschieden zwischen Stadt und Land gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen. Aber die Bedeutung des ländlichen Raums für Hessen und für die Menschen in unserem Land wird bedauerlicherweise immer noch und immer wieder unterschätzt: Die Hälfte der Bevölkerung Hessens lebt in Gebieten, die als ‚ländlicher Raum‘ definiert sind und die stolze 85 Prozent der Fläche unseres Bundeslandes ausmachen. Das Ziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse werden wir aber nicht erreichen, wenn die Dörfer und kleineren Städte im ländlichen Raum nicht bei landespolitischen Entscheidungen und Planungen stärker als bisher berücksichtigt werden. (...) Daran fehlt es der aktuellen Landesregierung, in der ein Ministerpräsident aus Frankfurt und seine überwiegend großstädtisch geprägten Kabinettsmitglieder die Dörfer und Kleinstädte nur dann für sich entdecken, wenn es mal wieder auf eine Landtagswahl zugeht.“

Günter Rudolph



Broschüre:

Das Petitionsrecht  
Ein Recht für Alle  
(hier klicken)



Broschüre:

So geht ein starker  
ländlicher Raum  
(hier klicken)

Auszüge aus dem Plenum Aktuell Ausgabe 3/2023



Bild: Hessischer Landtag - Das Plenargebäude am Eingang aus der Grabenstraße - Foto: H. Heibel

## Fehlerhafte Personal- und Sicherheitspolitik

In seiner Regierungserklärung hat Innenminister Beuth die Polizeiliche Kriminalstatistik gelobt.

*„Das kann nur als Wahlkampfgetöse bezeichnet werden. Denn die vorgestellten Zahlen sind keine Erfolgsbilanz. Das Fallaufkommen hat sich im Vergleich zum Vorjahr drastisch erhöht, die Aufklärungsquote sinkt. Selbst unter Nichtberücksichtigung der sogenannten Corona-Jahre ist ein deutlicher Fallanstieg zum Vergleichsjahr 2019 mit gleichzeitig sinkender Aufklärungsquote zu verzeichnen.“*

Heike Hoffmann

Heike Hoffmann kritisierte die Wirkungslosigkeit von Beuths „Maßnahmen“ bei Angriffen auf Einsatzkräfte, die laut polizeilicher Kriminalstatistik auch weiterhin kaum zurückgingen. „Die Zahl der Übergriffe ist inakzeptabel hoch. Wir brauchen Initiativen jenseits der Forderung nach schärferen Strafen und auch der immer wiederkehrende Hinweis des Innenministers auf die Schutzschleife als Zeichen der Solidarität

reicht nicht aus. Die Justiz muss Verfahren im Zusammenhang mit Gewalt gegen Einsatzkräfte schnell abarbeiten. Darüber hinaus bedarf es Investitionen in politische Bildung, um ein besseres Bild der Polizei, ihrer Aufgaben und ihrer Bedeutung in einem Rechtsstaat zu vermitteln.“ Die SPD-Politikerin rief den Innenminister dazu auf, sich am Ende seiner 10-jährigen Amtszeit an die Seite der Polizistinnen und Polizisten zu stellen.

*„Die hessische Landesregierung setzt sich nicht für die Polizei ein. Sie verantwortet die Stellenabbauprogramme, sie verantwortet die Nullrunde für die hessischen Beamtinnen und Beamten im Jahr 2015 und sie verantwortet die verfassungswidrige Besoldung, die auch mit dem kürzlich verabschiedeten Gesetzentwurf nicht geheilt wird. Diese Politik hat das Vertrauen der hessischen Polizei in ihren obersten Dienstherren gestört und sie führte dazu, dass der Polizeiberuf in Hessen immer unattraktiver wurde.“*

Heike Hoffmann

## Transformation verantwortungsvoll gestalten

Der Hessische Landtag hat sich in erster Lesung mit dem SPD-Gesetzentwurf zur „gemeinsamen Bewältigung der Herausforderungen der Veränderungen für Wirtschaft und Arbeit“ in Hessen befasst. Dieses „Transformationsfondsgesetz“ sieht die Einrichtung eines Fonds vor, der in den kommenden zehn Jahren Mittel in Höhe von zwei Milliarden Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung stellen soll, um die Veränderungsprozesse für Wertschöpfung und gute Arbeit gezielt zu unterstützen. Die jährliche kontinuierliche Bereitstellung von 200 Millionen Euro über die kommende Dekade stellt sicher, dass die für die hessische Wirtschafts- und Arbeitswelt anstehenden Herausforderungen zukunftsicher adressiert und bewältigt werden können. „Die anstehenden Transformationsprozesse sind komplex“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher Tobias Eckert. Daher sei es von zentraler Bedeutung, dass diese Prozesse vonseiten des Landes aktiv gestaltet werden.

*„Unser Transformationsfonds ist zielgerichtet auf die Bedürfnisse der Wirtschafts- und Arbeitswelt in Hessen, berücksichtigt strukturelle Unterschiede zwischen Stadt und Land und ist seriös durchfinanziert.“*

Tobias Eckert



Tobias Eckert (eckert-spd.de)

Wir bei Social Media

## Praxistag beim ASB

**Schneider:** Hallo aus dem Rettungswagen 🙌

Mein Praxistag Nr. 5 fand am 6. März beim ASB statt und ich durfte einen Tag lang reinschnuppern und mitarbeiten.

Morgens begann der Austausch mit dem 3. Lehrjahr der Notfallsanitäter im ASB-Bildungszentrum in Bad Emstal. Sie sind im ganzen Landkreis aktiv. Beklagt haben sie sich vorwiegend darüber, dass sie erlerntes nicht anwenden dürfen: Der Hessenalgorithmus und die Handlungsbefugnis durch die ärztliche Leitung gehen teilweise groß auseinander.

Danach ging es zur Rettungswache nach Baunatal. [Mehr lesen...](#)



Impression vom Praxistag am 06. März 2023



V.l.n.r. Oliver Ulloth, Nancy Faeser

## Unterwegs mit Nancy Faeser

**Ulloth:** Am 26. März war ich mit Nancy Faeser, Bundesinnenministerin und Spitzenkandidatin der SPD-Hessen zur Landtagswahl am 08.10.2023, unterwegs in Frankfurt am Main. Hessens Zukunft im Blick!

## Wanderung auf dem Energieweg Söhre

**Schneider:** Am 25.02.2023 hatte ich interessierte Bürgerinnen und Bürgern zum gemeinsamen Rundgang auf dem Energieweg Söhre eingeladen.

Der Ausbau erneuerbarer Energien, wie beispielsweise der Windkraft ist in Zeiten des Klimawandels eine Kernaufgabe, der wir uns mit großer Sorgfalt annehmen müssen. Der Energieweg Söhre ist dabei die ideale Plattform um Bürgerinnen und Bürger vor Ort über das Thema Windkraft zu informieren. Vielen Dank an Willi Kammelter für die interessante Führung!



V.l.S.d.P. Florian Schneider, MdL, Humboldtstraße 6a, 34117 Kassel, f.schneider2@lg.hessen.de

Weitere Informationen findet ihr auf unserer Homepage und bei Social-Media. Abonniert und folgt uns gerne!



florian-schneider.org

@floschneider.spd

@floschneider.spd



oliver-ulloth.de

@oliverulloth

@oliverulloth